

Israelitische Wochenschrift

für die religiösen und socialen Interessen des Judenthums.

Wöchentlich erscheint je eine Nummer der „Wochenschrift“, des „Familien-Blatts“ u. des „Litteratur-Blatts“. Preis für alle drei Blätter bei allen Buchhändlern u. Buchhandlungen 3 Mark vierteljährlich. Mit directer Zusendung: jährlich 14 Mark, nach dem Auslande: 16 Mk. (8 fl., 20 Gros., 8 Rbl., 4 Dollars). Einzelnummern der „Wochenschrift“ à 25 Pf., des „Litteratur-Blatts“ à 15 Pf., des „Familien-Blatts“ à 10 Pf.

Verantwortlicher Redacteur und Herausgeber:

Rabbiner Dr. M. Rahmer in Magdeburg.

Für Wahrheit, Recht und Frieden!

Inserate

für die „Israelitische Wochenschrift“, wie für das „Jüdische Litteratur-Blatt“, die kleingepaltene Beilage oder deren Raum 25 Pf. sind entweder durch die Annoncen-Expeditionen von G. L. Daube & Co., Rudolf Mosse, Haasenstein & Vogler u. A. oder direct einzuliefern an: Die Expedition der „Israelit. Wochenschrift“ in Magdeburg.

Inhalt:

Leitende Artikel: Zum 7. März 1885. — Auch „Gedanken eines Juden“. (Schluß.)

Berichte und Correspondenzen: Deutschland: Berlin. — Berlin. — Hamburg. — Stettin. — Schneidemühl. — Neustadt D.-S.

Oesterreich: Ungarn: Krafau. — Prag. — Brünn.

Frankreich: Paris.

England: London.

Rußland: Petersburg. — Warschau.

Vermischte und neueste Nachrichten: Magdeburg. — Berlin. — Hannover. — Dresden. — Leipzig. — Dinslaken. — Wollstein. — Pest. — Pest. — Marmaros. — Paris. — Paris.

Inserate.

Wochen-	März.	Adar.	Kalender.
	1885.	5645.	
Donnerstag . . .	5	18	
Freitag . . .	6	19	
Sonntag . . .	7	20	כ' תש"א (6, 28). P. Poroh.
Montag . . .	8	21	
Dienstag . . .	9	22	
Mittwoch . . .	10	23	
Donnerstag . . .	11	24	
Freitag . . .	12	25	

Zum 7. März 1885.

Das Januarheft des „Tribunal, Zeitschrift für praktische Strafrechtspflege“ enthält eine eingehende und in glänzender Form geschriebene Darstellung des Neustettiner Synagogenbrandes durch den Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Sello in Berlin. Der Verlauf dieses denkwürdigen Processes ist ein Blatt der Geschichte dieses Jahrhunderts, und ein Verdienst des Vertheidigers Dr. Sello ist es, daß diese Denkmale des Glaubens- und Racenhasses — wie sie durch die Zeugnisaussagen verkörpert werden — der Mit- und Nachwelt gezeigt werden. Es kann nicht unsere Absicht sein, den Verlauf des Processes zu wiederholen, wer ihn nur aus Zeitungen sehen hat, wird in der attennmäßigen Darstellung des Dr. Sello einer Fülle im höchsten Grade fesselnden neuen Materials begegnen, das durch einen Situationsplan wesentlich erläutert wird. Wir ersehen, daß ausschließlich dem Justizrath Makower das Verdienst gebührt, daß der Minister des Innern im Einverständnisse mit dem Minister der Justiz den Kriminalkommissar Höft nach Neustettin entsandte, um an Ort und Stelle Ermittlungen über die Entstehung des Brandes anzustellen. Dem Scharfblick und dem unermüdblichen Eifer dieses hervorragenden Beamten haben die Angeklagten — wie Herr Dr. Sello bescheiden hervorhebt — in erster Linie ihre Freisprechung zu verdanken. Am interessantesten ist die Würdigung der Zeugnisaussagen. So ernst und traurig der Gegenstand, man kann nicht umhin der Phantasie (in Hinterpomern etwas Ungewöhnliches) dieser Leuten erhebende Wirkung beizumessen. So z. B. die Frau Rabitze, deren Zeugniß besonderer Werth beigemessen wurde. Sie bekundete bereits am 21. Februar,

daß sie am Morgen des 18. Februar im Innern der Synagoge eine männliche Person von mittlerer Größe in dunklem Anzuge gesehen habe, die sich zwischen den Bänken durch den ganzen Innenraum bewegte. Ueber die vermutlich, Religion dieses Mannes wußte sie damals noch nichts anzugeben. Bei ihrer zweiten Vernehmung aber sagt sie aus, das Haar dieser Person sei schwarz gewesen. „Meiner Ansicht nach, fuhr die Zeugin wörtlich fort, ist es ein Jude gewesen, wie diese Person von hinten ausgesehen hat“. Zeugen die bei ihrer ersten Vernehmung unmittelbar nach dem Brande gar nichts bekunden konnten, erinnern sich plötzlich nach Jahren noch aller Einzelheiten und die Entschuldigungen ihrer früheren so lückenhaften Aussagen sind die seltsamsten und kühnsten: Der eine ist vom Richter „angebrüllt“, der zweite vom Staatsanwalt „eingeschüchtert“, der dritte von seiner Frau bedroht, der andre wieder hat als Familienvater Nahrungsforgen im Kopfe gehabt und Buchholz endlich gab noch in Ronitz an, daß er bei seiner ersten Vernehmung durch den Staatsanwalt Pinoff unmittelbar nach dem Brande deshalb nichts gesagt habe, weil er sich darüber geärgert habe, „daß der Staatsanwalt im Hotel gut lebe“. Der typische Zeuge dieses Processes, der Stolz der Neustettiner Antisemiten, war der Schmid Carl Buchholz, den man — wie ein Postsekretär bekundete — vor der Königer Schwurgerichtsverhandlung in öffentlichen Lokalen bewirthete, dem sie auf gutes Gelingen zutranken und der seinen Getreuen in ferniger Ansprache versicherte, daß er sein Bestes thun werde. Unter denen, die ihn freihielten, befand sich unter Anderen der Schreiber des kgl. Landraths. Der Todesstoß wurde dem Zeugniß des Buchholz durch dessen

Freund Beyer versteht. Wir können uns nicht versagen, die ergreifende Scene, in welcher Buchholz entlarvt wurde — nach der Darstellung des Dr. Sello vorzuführen:

„Am Morgen des vorletzten Verhandlungstages in Konitz erhob sich der Verfasser (Dr. S.) zu Beginn der Verhandlung und trug vor: in aller Frühe habe sich Beyer bei den Bertheidigern gemeldet und ihnen Folgendes eröffnet: „er sei ein alter Mann, der nichts mehr zu fürchten habe; sein Gewissen lasse ihm keine Ruhe und dränge ihn zu der Mittheilung, daß Buchholz einen Arbeiter Dabberstein aufgefördert habe, in Gemeinschaft mit ihm den Judentempel anzuzünden.“

Beyer hielt unter seinem Eide die Richtigkeit seiner Angaben aufrecht. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde Dabberstein telegraphisch geladen.

Mit athemloser Spannung sahen Alle seiner Vernehmung entgegen. Dabberstein erschien am Nachmittage und bezeugte eidlich: Buchholz habe ihn einige Zeit vor dem Brande aufgefordert, mit ihm zusammen die Synagoge anzuzünden; ihm, — dem Buchholz — habe man für diese That 10 Thaler und Schnaps, so viel er trinken wolle, versprochen.

Buchholz bot bei der Gegenüberstellung mit diesem Zeugen einen erbarmungswürdigen Anblick dar; sein Gesicht war wie mit Blut übergossen; fortwährend wischte er den Schweiß von der Stirn und vergebens rang er dem Dabberstein gegenüber, der ihm unverwandt in's Auge schaute, nach seiner früheren Dreistigkeit.

Dabberstein ist Christ; die Angeklagten hatten ihn nicht ermittelt; sein Name war zuerst und allein von Beyer genannt worden.“ —

Am 7. März 1884 erfolgte die Freisprechung der Angeklagten und ein schwerer drückender Alp löste sich von den Herzen aller Glaubensgenossen. Unabsehbares Unglück ist durch den gerechten Spruch der Geschworenen in Konitz verhütet worden. Die Lehrbücher der Geschichte werden auch dieses Ereigniß als ein denkwürdiges der Nachwelt verkünden. Es ist ja auch eine Buringeschichte, die uns zeigt, daß das Auge der Vorsehung über Israel wacht! — „וְהַיְדוּת“ „es kam anders — als Haman gedacht“, so ganz anders, als die Herren Antisemiten in Pommern gedacht und die Heger in Berlin gehofft hatten.

Auch „Gedanken eines Juden“.

Audiatur et altera pars!

(Schluß.)

Ich habe diese Frage auch Anderen vorgelegt, vor allem den Alten; sie antworteten mir: „Gott sei Dank, daß ich nicht mehr lange mitzumachen habe! Mag die Jugend dafür sorgen!“ — Ich habe die Jugend gefragt, natürlich unter den Berufenen; sie antworteten: „Es ist gar nichts zu machen, so lange wir leben, noch nicht! Jeder Versuch einer Heilung macht das Uebel schlimmer!“

Und die Folge wird sein: Abfall wird sich auf Abfall mehren! Es ist heute schon das in weite Kreise herrschende Gefühl: „Es ist ein Unglück, als Jude geboren zu sein!“ Man kann vielfach die Aeußerung hören: „Mein Vater hätte mir den größten Gefallen gethan, wenn er sich hätte . . . taufen lassen!“ — Ein inneres Band fehlt, nicht mit dem Judenthum an sich, sondern mit dem in den jüdischen Gemeinden sich repräsentirenden Judenthum. Der Antisemi-

tismus der Gegenwart hat zwar gegenwärtig die Wirkung, die Anziehungskraft des Judenthums auf seine Söhne zu vergrößern: aber wenn der Antisemitismus officiell, von Staatswegen, unterdrückt werden sollte, wenn die religiöse Toleranz wieder herrschend wird, dann werden wir Wunder erleben! Man wird sich zur Taufe drängen, wie um den günstigen Augenblick nicht zu verpassen; die Eltern werden an ihren Kindern das nachzuholen sich beeilen, was ihre Eltern verjäumt haben. —

Ja, aber was soll geschehen? Soll der Sabbath abgeschafft werden und auf den Sonntag verlegt werden? Sollen die hebräischen Gebete beseitigt werden? Soll man das Judenthum, das positiv vorhanden ist, an die Wiedergewinnung des schon verlorenen wagen? Soll um die Amputation eines verstorbenen Gliedes zu vermeiden auf höchst zweifelhaften, ja unwahrscheinlichen Erfolg hin der noch gesunde, wenigstens noch lebende, noch lange nicht vom Tode bedrohte Theil des Organismus vergiftet werden? —

V.

Ich sage: Nein, um Gotteswillen nicht! Gewagt darf gar nichts werden. Aufgegeben werde gar nichts. Aber dem religiösen Bedürfniß der sogenannten „Neugläubigen“ muß in irgend einer Weise Genüge zu thun versucht werden. Wenn nur erst diese Pflicht allgemein anerkannt würde! Das ist aber nicht der Fall. Die sogenannten „Neugläubigen“ werden von den sogenannten „Altgläubigen“ als verlorne Söhne angesehen, die gar keine Rücksicht verdienen. Einer der Führer der Orthodoxie z. B. in Berlin — ein höchst ehrbarer — predigt häufig mit hinreißender Emphase: „Entweder ganz, oder gar nicht! $\frac{1}{2}$ und $\frac{3}{4}$ und $\frac{9}{10}$ und $\frac{3}{365}$ Juden brauchen wir nicht!“

Das ist eine nur im Judenthum herrschende Anschauung. Bei den Christen giebt es sehr viele, die ihre eigenen Gedanken über ihren Glauben haben, die auch nicht 3 Mal im Jahre die Kirche besuchen, und doch als gute „Christen“ gelten. Das Judenthum wird sich auch mit dieser Anschauung befreunden müssen. Die Frage: Sind die Hunderttausende „Neugläubige“ Juden oder nicht? wird das Judenthum mit einem ganz entschiedenen „Ja!“ beantworten müssen, und nicht nur in so fern, daß sie die Pflicht haben, Juden zu sein, sondern auch, daß sie in ihrer Eigenart Rechte haben.

Und dies Recht der nach Hunderttausenden zählenden ungläubigen oder vielmehr neugläubigen Juden besteht vor allem in dem Anspruch auf einen ihnen zusagenden und ihren Anschauungen entsprechenden Gottesdienst zu einer ihnen gelegenen Zeit. Dieser Gottesdienst muß derart gestaltet sein, daß er auf den gebildeten Geschmack eine Anziehungskraft ausübe. Es kann der Gebildete nicht an einem Gottesdienste theilnehmen, der nach seinen Begriffen den elementarsten Elementen eines Gottesdienstes Hohn spricht. — Schreiber dieses denkt nicht so über den jüdischen Gottesdienst; aber er weiß es, daß Hunderttausende Juden so denken. Was können diese dafür, daß sie so denken? So wenig, wie die Elbe in ihrem Laufe zurückgestaut werden kann, so wenig kann eine religiöse Anschauungsweise die einmal verlorene urtheilslose Gläubigkeit wiedergewinnen. Die Hunderttausende neugläubiger Juden haben nun einmal andere Vorstellungen von dem Wesen eines Gottesdienstes — das ist nicht zu ändern.

Aber das festeste Band zwischen einem Bekenntniß und seinen Bekennern ist nun einmal der Gottesdienst. Wo dies Band zerissen ist, dann muß die Entfremdung der letztern von dem erstern nothwendig immer größere Dimensionen annehmen. Dies Band muß um jeden Preis wieder hergestellt werden, wenn der Preis nur nicht in der Aufgebung von Grundsätzen und sonstiger wesentlicher Bestandtheile besteht. —

Si denn aber die jegige Form des jüdischen Gottesdienstes wirklich von so wesentlich fundamentaler Bedeutung? — fragt die Wortführer der Orthodoxie, und sie werden auch antworten: „Nein!“ Sie werden auf Grund

von דין והדבה im Gegentheile sagen: „Der liturgische Gottesdienst in seiner jetzigen Form ist kein דאורייתא, sondern דרבנן, und wenn einer das ganze Jahr hindurch, mit Ausnahme von פסח und פסח nicht die Synagoge besucht, so hat er noch keine פסח übertreten. Also warum das pedantische Festhalten an etwas, dessen Entstehung in nachbiblischer Zeit und dessen Gestaltung nach dem spezifischen Zeitverhältnissen von keiner Seite geleugnet wird? —

Freilich, wenn die übliche, hergebrachte Liturgie aufgegeben werden sollte, dann würden wir auch dagegen protestieren. Aber das soll nicht geschehen, denn diejenigen, welche in der jetzigen Form des jüdischen Gottesdienstes ihre Erbauung finden, verdienen gewiß alle Rücksicht und mehr Rücksicht, als die Entgegenstehenden. Es soll bei dem Bestehenden bleiben; aber es soll eine den Anschauungen der Neugläubigen entsprechende Art von Gottesdienst zu einer von denselben postulierten Zeit neben dem herkömmlichen hinzukommen. Dagegen kann doch von selbst aus dem Schulchan-Aruch nichts Erhebliches einzuwenden sein. Höchstens kann die Parteitaktik dagegen ankämpfen, die Taktik der Partei welche offen erklärt: „Sie mögen nur alle, die Hunderttausende, die keine Orthodoxen sind, gehen, und sich taufen lassen! Das ist besser, als wenn sie durch ihren Verbleib in der Synagoge die Orthodoxie erschüttern!“ Wer so denkt, der ist wenigstens consequent. Wer aber nicht so denkt, der muß auch bereit sein, in der Weise von נהגה זה להלכה der Neugläubigen Rechnung zu tragen. Wie wenige aber giebt es, welche in Hinsicht auf den Austritt der Neugläubigen aus der Synagoge Gefinnungs- genossen des „Israelit“ sind!

Man sage nicht, daß eine etwa daß der neu zu organisirende Gottesdienst den herkömmlichen verdrängen würde, denn es ist ja nicht zu leugnen, daß bei mehr als 90% der Juden dieser so wie so verdrängt ist. Diese leben jahraus jahrein ohne Gottesdienst, ohne Andacht, ohne Pflege des religiösen Elements. Diese besuchen höchstens 2—3 Mal jährlich den Gottesdienst auf wenige Stunden, aber anstatt sich erhoben und angezogen zu fühlen, fühlen sie sich abgestoßen. Und ist es nicht besser, daß das Judenthum für Ersatz sorge, als daß im Christenthum Ersatz gesucht werde?

Wenn das Judenthum erst dem ungläubigen Theile seiner Befenner auch Befriedigung bietet, dann werden bei diesen die Bedenken wegen der verlangten Opfer schwinden. Die Beschneidung hat Millionen nichts geschadet und es würde sie auch keiner drückend empfinden, wenn er sich nur nicht fragen müßte: „Wofür?“ —

Kurz, das Judenthum, welches berufen ist, in der wahren Gotteserkenntnis Lehrer der Menschheit zu sein, es sorge dafür, daß nicht in seiner eigenen Mitte Tausende und aber Tausende der Religion vollständig entbehren! Der Rahmen meines Vorschlages ist nur ein sehr enger, der so viel, wie möglich zu erweitern ist; aber er bezeichnet die Richtung, in welcher die berufenen „Heilskünstler“ auf Abhilfe mit erhöhter Energie bedacht zu sein haben.

Die Detaillirung der neu zu schaffenden Organisation soll hier unterbleiben. Wenn diese Zeilen nicht ohne Eindruck bleiben, wird Schreiber dieses auch mit seinen Ansichten über die praktische Ausführung der hier angeregten Idee hervorzutreten sich erlauben. —

Vorläufig sei es mit dem Vorstehenden genug. —

Ich schließe mit dem Rufe: Rettet, so lange noch etwas zu retten ist! — Seht zu, daß ihr einft vor dem כד של מעלה sprechen könnt: דינו רא שפנו את הדם הזה „Unsere Hände haben das Blut nicht vergossen!“ — Dies rufe ich nicht den Orthodoxen unter meinen Glaubensgenossen zu, sondern den Freimünnigen, welche conservativ sind, ohne stabil zu sein. Oder glaubt ihr etwa, daß das Judenthum sich nur in der stabilen Form der Orthodoxie erhalten könne? — Nun, warum seid ihr denn da nicht alle... Orthodoxe? Aber wirkliche Orthodoxe, nicht bloß „Israelit“-Beser! —

Die Orthodoxie sagt: Die Juden, die nicht orthodoxe Juden sind, sollen sich taufen lassen und Christen werden! Ihr, die ihr der Ansicht seid, die nichtorthodoxen Juden sollen... Juden bleiben: sorgt dafür, daß sie Juden bleiben... können!

Berichte und Correspondenzen.

Deutschland.

Berlin, 27. Februar. (Dr.-Corr.) Eine schwere parlamentarische Angelegenheit, die eines „ungenannten Doctors und Professors“, wie die offizielle Bezeichnung lautet, welche das Abgeordnetenhaus und Publikum hier und wohl in ganz Deutschland während dieser Woche in Athem gehalten, ist gestern zur Erledigung gekommen und obwohl wir mit der Sache an sich nicht mehr und nicht weniger als alle anderen Staatsbürger zu thun haben, so ist es doch ein anderes Motiv, das dem Schreiber die Feder in die Hand drückt. —

Wir Alle erinnern uns der Verhandlung über den Neustettiner Synagogenbrand im Abgeordnetenhaus. Nachdem der zweite Proceß in Königs zur vollständigen Freisprechung der Angeklagten geführt hatte, hat der Abgeordnete Hosprediger Stöcker seinen Ingrimm wenigstens an einem der Neustettiner Gemeindevorsteher zu fühlen gesucht, indem er gegen diesen die Beschuldigung erhob, daß er persönlich nicht unanfechtbar dastehende. Im Abgeordnetenhaus war damals Niemand auf diesen gehässigen Coup vorbereitet und demzufolge auch keiner in der Lage, die Anschuldigung zu widerlegen, obwohl es dem Herrn Hosprediger klar gemacht wurde, daß es nicht Parlamentsgebrauch sei, Privatpersonen, die sich vor diesem Forum nicht vertheidigen können, so anzuklagen. Zudem ist die qu. Angabe des qu. Abgeordneten bislang nicht erwiesen und zudem i. B. auch in der „Zsr. Wochenschrift“ zutreffend bemerkt worden, daß in Preußen die Gemeindevertretung der behördlichen Bestätigung unterliegt, welche bezüglich des angefeindeten Herrn in Neustettin gewiß versagt worden wäre, wenn — Herrn Stöcker nicht wieder einmal ein „Mißverständnis“ passiert wäre.

Nun ereignet sich der Fall, über welchen jetzt alle Zeitungen voll sind, über welchen hochberühmte Fakultäten gesprochen und der ungeachtet des wohlwollenden und gewiß auch wohl zu würdigenden offiziellen Schleiers doch völlig durchsichtig ist. Es sprachen darum viele Volksvertreter, aber der angebliche Hüter der öffentlichen Gesittung, der Fahnenträger der nothleidenden Antisemiten, dem die Sprechorgane immer übertoll sind, wenn es gilt Juden bitter anzuseinden, sie eine Gefahr für das deutsche Volk zu nennen und sie der Verschlechterung der öffentlichen Moral zu zeihen: Herr Hosprediger Stöcker wird bei dieser Gelegenheit nicht gehört, ist laus wie ein Lamm, er spricht kein Wort und bleibt am 26., dem letzten schwersten Verhandlungstage in qu. Sache, überhaupt fern, stimmt also gar nicht ab. Es erscheint wohlangebracht, diese Thatsache auch in jüdischen Blättern zu constatiren und sie niedriger zu hängen. Denn wir erlauben uns darauf die bescheidene Frage: wird der Mann es vor Gott und denkenden Menschen verantworten können, auch ferner mit seiner eingefleischten Feindschaft gegen Staatsbürger, weil diese Juden sind, öffentlich aufzutreten? Wird er es ferner noch wagen, Versammlungen zu veranstalten, in welchen die Juden für alle möglichen Uebel im gesellschaftlichen Leben verantwortlich gemacht werden? Wird er ferner noch die Stirn haben, mit Schmähreden über die Juden herzufallen und in seiner Eigenschaft als Abgeordneter unter dem Schutze der Redefreiheit private Personen rücklings anzugreifen, nachdem er und seine antisemitischen Genossen bei dieser eklatanten Gelegenheit jenen erhabenen Muth, den Herr Abgeordneter Reichensperger (Cöln) einft bei der Interpellation Hänel bezüglich der Stellung der Regierung gegenüber der i. g. Judenfrage (recte Judenhetze) „bewunderungswürdig“ nannte, in: geschehener Weise documentirt hat?! —

Noch bitte ich ums Wort bezüglich der Vertretung jüdischer Gemeinden. Es ist ja leider eine Thatsache, daß es in kleinen Gemeinden oft an geeigneten Männern zur Vertretung fehlt, weil überhaupt nur wenige Familien vorhanden sind. Ist es dann zu verwundern, wenn wirklich einmal der Fall vorkäme, daß die eine oder die andere Person vom Standpunkte größerer Gemeinden mit großer Auswahl zu beanstanden wäre? Hören wir nicht gar oft von solchen Fällen bei Kirchenverwaltungen, wo doch Mangel an geeigneten Personen ganz ausgeschlossen erscheint, weil es hier so kleine christliche Gemeinden gar nicht giebt, dieser Grund also nicht in Frage kommt?! Damit sei die Frage an sich keineswegs beschönigt, denn wir sollen uns eben hüten Fehler zu begehen, selbst wenn wir christliche Vorbilder oder doch Gegenstücke beibringen können, den Juden werden Fehler schwerer angeschrieben. Aber wenn ein solcher Fall vorkommt und die bestätigende Behörde anstandslos darüber hinwegsieht, wofür diese sicherlich Grund hätte, so ist es eben nur eines — Stöckers angemessen, darüber die große Trommel zu schlagen und sich vor dem Lande als Moralhüter in die Brust zu werfen. Wo blieb im Schwenningerischen Falle der Moralhüter?

K. Berfin, im Februar. (Dr.-Corr.) Nachdem die H. H. DDr. Müller und D. Cassel Vorträge gehalten — der Erstere über „Rabbinerseminare“ und der Letztere über „Jeremias“, — denen beizuwohnen Ihr Referent behindert war, sprach am 9. d. Mts. Herr Dr. Frankel über die „Erbaungs- und Unterhaltungs-Litteratur unserer Altvordern im Mittelalter“. Er bezeichnete als solche, außer Bibel und Gebetbuch, das moralphilosophische Buch über „die Herzenspflichten“ (Chowoth halewawoth) von Bachja ibn Jasoda aus Saragossa, sodann das Menoras hamaor von Jasaf Aboab, als eine nach ethischen und religiösen Gesichtspunkten gestaltete Sammlung von Hagaba's, und sollte besondere Anerkennung dem Verfasser des Zebenna urenna (R. Jakob ben Jasaf). Kedner führt eine statistische Zusammenstellung an, in welcher er nachweist, daß die Juden in Oesterreich in einem Jahre noch im vorigen Jahrhundert 290,000 fl. auf talmudische, exegetische, chaldäische und andere der hebr. Litteratur angehörenden Schriften verausgabte hätten. Jetzt ersehe die deutsche Predigt in den Tempeln die Erbaungslitteratur; das lebendige Wort wirke mehr, als der todt Buchstabe.

Kedner ging sodann auf die Unterhaltungslitteratur unserer Altvordern über. Er führte auch hier eine ganze Reihe von Legenden, Märgen, ja sogar Schauspiele, an, welche in jüd.-deutscher Sprache erschienen waren. Er erwähnte, daß der Prager Oberabbiner D. Oppenheimer in seiner bedeutenden Bibliothek auch eine große Anzahl solcher profanen Lectüre hatte. Mit dem Hinweis auf Mendelssohn, den Schöpfer der deutschen Sprache für die Juden, welche allmählich die jüd.-deutsche Litteratur entbehrlich, später sogar unbrauchbar machte, schloß der interessante Vortrag.

In der darauf folgende Woche sprach Herr Professor Lazarus über „die Dankbarkeit“ worüber ich Ihnen für die nächste Nr. einen kurzen Bericht senden werde.

Hamburg. Den in den monarchischen Staaten noch vielfach auftretenden antisemitischen Kundgebungen gegenüber, ist es erfreulich und zugleich bezeichnend, daß wir in unserm lieben Hamburg, Gott sei Dank, nicht nur nichts der Art verspüren, sondern daß gerade in neuerer Zeit sich die Fälle mehrfach wiederholten, daß Christen größere Legate auch für Israelitische Institute aussetzten.

So vermachte ein Herr Heerwagen in seinem kürzlich veröffentlichten Testamente Mk. 8000 der hiesigen Gemeinde für ihre Armen und außerdem Mk. 10,000 an israelitische Vereine für Armen- und Krankenpflege.

Eine ähnliche Summe ist vor nicht langer Zeit ebenfalls von einem christlichen Mitbürger zu Gunsten mildthätiger Stiftungen in der Israelitischen Gemeinde in seinem Testamente bestimmt worden.

Die Zahl der hier bestehenden jüdischen Vereine, von denen manche mehr als überflüssig sind, weil sie wenig Nutzen schaffen und doch dazu beitragen, die Kräfte, welche sich sonst vielleicht nothwendigeren Institutionen zuwenden würden, zu absorbiren, ist wieder durch zwei neue Vereine vergrößert worden. Der eine, bereits in Wirksamkeit getretene Verein bezweckt, armen jüdischen Durchreisenden, namentlich Handwerksburschen, Nachtquartier und in dringenden Fällen Kost für einige Tage zu gewähren; der andere in der Entwicklung begriffene, zum Andenken an den jüngst verstorbenen Hermann S. Matthias von früheren Schülern der Talmud-Thora in das Leben gerufene Verein beabsichtigt, Unbemittelten Freistellen in dieser Schule zu schaffen. Da dieselbe indessen die Pflicht hat, Kinder Gemeinde-Angehöriger unentgeltlich zu unterrichten, so kann diese Wohlthat nur Fremden zu Gute kommen, welche in Folge dessen mehr noch als bisher zu einer Last für die Gemeinde werden. Durch die Freizügigkeit hat sich auch in Hamburg allmählich ein jüdisches Proletariat gebildet, wie es bis dahin nicht bestand; denn nur durch Verheirathung mit einer Gemeindeangehörigen oder durch Zahlung bedeutender Summen konnte man es ehemals ermöglichen, Aufnahme in die Gemeinde zu finden und nur wer derselben angehörte, konnte die Staatsangehörigkeit erlangen. Seit der bürgerlichen Gleichstellung dagegen ist nicht nur diese Schranke gefallen, sondern seit dem Jahre 1864 hat auch die Verpflichtung aufgehört, zu den Lasten der Gemeinde beizutragen und nicht Wenige entziehen sich dieser, in anderen Staaten noch bestehenden Pflicht, einen jährlichen Beitrag für die Bedürfnisse ihrer Religionsgemeinde zu zahlen und manches Mitglied droht mit dem Austritt, wenn die ihm auferlegte Steuer seinen Wünschen nicht entspricht. Freilich hat seit jener Zeit auch die Gemeinde nicht mehr die Verpflichtung ihre Armen zu unterstützen; sondern ist dies Sache der städtischen Armenverwaltung; allein es geschieht das von Seiten dieser in zu unzureichendem Maße, daß trotzdem die Ausgabe der Gemeinde dafür Mk. 45,000 jährlich übersteigt und sollte man sich deshalb hüten, den fremden Armen den Zuzug noch mehr als bisher zu erleichtern.

S.-n. Stettin, 23. Februar. (Dr.-Corr.) Ein trauriger Fall drückt mir die Feder in die Hand. Am 17. ds. Mts. starb in Greifenberg der Cantor und Lehrer Epstein, eine tiefgebeugte Gattin mit 6 noch unversorgten Kindern zurücklassend. Vermöge seiner Fähigkeiten zu einem größeren Wirkungskreise berechtigt, der ihm leider nicht beschieden war, legte er sich die größten Entbehrungen auf, um nur seinen Kindern eine zeitgemäße Erziehung zu geben, dadurch, wie durch die Vereitelung aller seiner Hoffnungen mit sich selbst zerfallen, vermochte er in seiner Gemeinde trotz seiner 14jähr. Thätigkeit nicht festen Fuß zu fassen. Zum November d. Z. von der Gemeinde gekündigt, verlor er bei seinem Pessimismus zu dem sich noch Kränklichkeit gesellte, jede Hoffnung, noch eine andere Stelle zu bekommen, und der bittere Gedanke, mit seiner zahlreichen Familie der Noth und dem Glende preisgegeben zu sein, warf ihn völlig nieder. Auf seinen Wunsch eilte ich an sein Krankenlager, freute mich daselbst auch Herrn Rabbiner Dr. Goldschmidt aus Colberg zu treffen, mit dem ich gemeinschaftlich eine Ausöhnung zwischen ihm und der Gemeinde herbeizuführen suchte. Voller Hoffnung auf eine baldige Genesung habe ich ihn verlassen, zwei Tage später erhielt ich die traurige Nachricht, daß der Tod ihn von allen seinen Leiden erlöst hatte. Was wird nun aus der beklagenswerthen Familie? Dieser traurige Fall veranlaßt mich nochmals auf das zurückzukommen, was ich bereits in Nr. 46 d. Bl. besprochen. Während sonst junge Leute, die eine Beamtenkarriere einschlagen, nach Ablauf einer bestimmten Frist eine definitive Stellung erlangen, und die Beruhigung haben, daß ihre Angehörige auch für den Fall des Todes des Ernährers, oder dessen Invalidität gesorgt sind, stehen die jüdischen Beamten, resp. deren Familien, in solchen Fällen schutzlos da und sind einzig

und allein auf die Gnade und Barmherzigkeit der Gemeinden angewiesen. Wie sollen talentirte junge Leute sich diesem Berufe widmen, wenn ihre Zukunft eine so ungesicherte ist? Die in jüngster Zeit innerhalb der jüdischen Beamten gebildeten Hilfskassen, können nur eine kleine Hilfe für den Augenblick gewähren, die eigentliche Versorgung zurückgebliebener Familien oder invalid gewordener Beamten müßte doch von den Gemeinden ausgehen. Der von Herrn Dr. Weinstein in diesem Blatte angeregte Gedanke zur Gründung eines allgemeinen Pensionsfonds für jüdische Beamte blieb, wie so Manches schon, bei der bloßen Anregung.* Im Interesse der Gemeinden, wie der Beamten, dürfte es sich doch wahrlich empfehlen, daß jede Gemeinde beim Engagement eines Candidaten, demselben es zur Pflicht mache, sich je nach Verhältniß mit einer Summe bei einer Lebensversicherung einzukaufen**) und zwar in der Weise, daß sie den Betrag nach Erreichung eines bestimmten Alters ausgezahlt erhalten, die Gemeinden müßten mindestens die Hälfte der Prämien bezahlen und hätten dafür das befriedigende Bewußtsein, ihre Beamten nicht dereinst am Hungertuche nagen zu sehen. Möchten doch auch andere, erfahrene, für das Wohl der Beamten sich Interessirende, ihre Meinung in diesem Blatte äußern. (Diese brennende Lebensfrage darf von der Tagesordnung nicht schwinden, bis sie gelöst worden. Was den vorliegenden traurigen Fall anlangt, so ist doch vor Allem die Frage: hat der Verstorbene der „Achawa“ angehört? Wird der ost-, west-preuß. u. pommerische Verband hier nicht helfend eintreten? ebenso der Deutsch-Isr. Pensionsfonds für jüd. Cultusbeamten, die Friedrich-Wilhelm-Victoria-Stiftung des D.-Z. G.-B.? Leider giebt es noch sehr viele jüd. Beamte, die in den Tagen der Kraft nicht genügend dafür Sorge tragen, daß dereinst Frau und Familie nicht zu darben haben. Der Greifenberger Fall ist wieder eine eindringliche Mahnung an alle Lässigen. Red.)

B. Schneidemühl, 1. März. (Dr.-Corr.) Bezugnehmend auf die Correspondenz aus Westpreußen in vorletzter Nummer der „Wochenschrift“ ist es ja betäubend, daß Cultusbeamte, welche Jahre lang treu ihrem Berufe innerhalb der Gemeinde obgelegen, durch die bekannte Regierungs-Verfügung so hart betroffen werden und mit ihnen auch oft die betreffende Gemeinde. Es ist aber nach Lage der Sache, da die königl. Regierungen nur ein schon lange bestehendes Gesetz damit zur Ausführung bringen, schwer etwas daran zu ändern. Der § 71 alinea 2 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 bestimmt ausdrücklich, daß es zur Annahme ausländischer Juden als Rabbiner und Synagogenbeamten der vorherigen Genehmigung des Ministers des Innern bedarf und bedroht Zuwiderhandlungen mit 20—300 Thaler Strafe. Durch Ministerial-Rescript vom 10. Januar 1879 M. Bl. S. 51 ist noch besonders hervorgehoben, daß die Reichsgewerbe-Ordnung von 1860 hieran nichts geändert und bis auf Weiteres es bei den Bestimmungen des Gesetzes von 1847 sein Bewenden haben muß. Abhilfe konnte also nur durch Aufhebung des betreffenden Gesetzes-Paragraphen erfolgen, wir glauben aber nicht, daß der Gemeindebund, wie es in der betreffenden Correspondenz gewünscht wird, zu solchen Petitionen an das Abgeordnetenhaus in „jetziger Zeit“ die Initiative ergreifen wird. Wo der Antrag auf Naturalisation zurückgewiesen wird, die betreffenden Cultusbeamten also ihr Amt nicht mehr versehen dürfen, bliebe also nur der eine Weg übrig, die Regierungen um Aufschub dieser Maßregel zu bitten, überhaupt dort, wo es sich um einen wirklichen Nothstand handelt, vielleicht ändert sich die Situation mittlerweile wieder.

B. Neustadt O.-S. Die Synagogen-Gemeinde Ohlau hat durch den am 14. Februar erfolgten Tod ihres Cultus-Beamten, des Cantors und Religionslehrers Julius Lewi,

einen herben Verlust erlitten. Der Heimgegangene war noch aus der alten talmudischen Schule hervorgegangen, die ihn befähigte, seinen Beruf von einer wahrhaft idealen Seite aufzufassen und in diesem Sinne zu wirken. Daß er ein treuer Diener seinem Gotte wie seiner Gemeinde war, bezeugt der Umstand, daß er 43 Jahre in derselben zum Segen wirkte, was ein ehrendes Zeugniß für den Beamten und die Gemeinde ist. Die Liebe und Verehrung, deren er sich zu erfreuen hatte, gab sich auch bei seinem am 16. Februar stattgehabten Begräbniß kund. Herr Prediger Dr. Knoller aus Breslau schilderte L's Verdienste als Beamten, Menschen und in Beziehung zu seiner Familie, in warmen Worten, worauf die Feier mit dem Gesange: „Es ist bestimmt in Gottes Rath“, den seine christlichen Collegen ihm widmeten, einen würdigen Abschluß fand.

Oesterreich-Ungarn.

Arakau. Die Orthodoxen haben mit der Gemeinde sich diesmal in der Mazzosfrage geeinigt, so daß die 4000 Gulden Ertrag den wohlthätigen Anstalten zufließen. Nur soll die Bikkur Cholim von ihrem 1500 Gulden 100 dem Rabbi Akiba Kornitzer, dem Schwiegerjohn des verstorbenen Rabbiners Schreiber, abgeben. Wegen der Handeskammerwahlen herrscht dagegen ein heftiger Streit zwischen beiden Parteien. —

Hier verstarb Herr Hirsch Schiff, im 76. Lebensjahre (Nachkomme von Baruch Theumim Frankl) aus dem Prochmal'schen Kreise. Seine Handschrift über Bibel und Talmud sind Manuscript geblieben. — Der Rabbiner Chajim Leibusch Horwitz aus Solkiew ist zum Dajan gewählt worden. Das wäre ein Sieg der lichtfreundlichen Partei.

Prag, 27. Februar. Im hiesigen Vereine zur Verbreitung der Wissenschaft des Judenthums, Afiße Jehuda, hielt u. A. am 7. Februar Herr Rabb. Dr. Dankowitz aus Strakonitz vor einem zahlreichen Auditorium den angekündigten Vortrag: „Die zwei großen Lichter“. Die Tendenz desselben war dahin gerichtet, den Nachweis zu erbringen, daß Judenthum und Wissenschaft nicht im Gegensatz stehen, sondern eng verbunden sich gegenseitig ergänzen und stützen. Nachdem der Vortragende den Begriff des Judenthums definiert hatte, führte er in einem historischen Ueberblick die These aus, daß schon aus der Grundidee des Judenthums hervorgehe, daß dasselbe der Wissenschaft nicht feindlich entgegenstehe könne, was sich aus den Hauptperioden der jüdischen Culturgeschichte, sowohl der biblischen als der talmudischen Zeitperiode, klar nachweisen lasse. Der Talmudismus erschien, wenn auch vollkommen unrichtig, aus dem Grunde als ein Feind der Wissenschaft, weil er gegen griechischen Geist, der gegen die jüdische Religion anstürmte und sie zu vernichten drohte, mit allen Waffen kämpfen mußte und sich in Folge dessen auch gezwungen sah, das Studium der griechischen Wissenschaft mit dem Interdict zu belegen. Nichtsdestoweniger mußte der Talmud als Ausdruck der Religion, die ja par excellence eine Religion der That und des praktischen Lebens ist, und der daher sich mit Fragen des praktischen Lebens beschäftigte, zunächst die Resultate wissenschaftlicher Forschungen in Folge dessen die Wissenschaften selbst in das Bereich seiner Betrachtung ziehen. Den wichtigsten Disciplinen, wie der Mathematik, Astronomie, Agronomie, Zoologie, Botanik, Medicin, Jurisprudenz u. s. f. wurde die höchste Aufmerksamkeit zugewendet und Rabener führte den Amoräer Samuel, den Begründer des jüdischen Kalenderwesens, als ein glänzendes Beispiel wissenschaftlicher Velseitigkeit an. Allmählich wurden auch abstracte Wissenschaften, namentlich Metaphysik und Philosophie, von den Talmudisten studirt und einzelne jüdische Gelehrte traten mit epochalen Werken philosophischen Inhaltes auf, deren Charakter und Tendenz näher beleuchtet wurde. So z. B. führte der Vortragende, gestützt auf die neuesten Forschungen, den Nachweis, welchen großen Einfluß das philosophische Werk des Maimonides auf die beiden größten Denker, Spinoza und Leibnitz, geübt hat. Der zweistündige Vortrag, welchem die Anwesenden mit un-

*) Er soll auf den verschiedenen diesjährigen Lehrerversammlungen zur Berathung gelangen. (Red.)

**) Das ist hier in Magdeburg laut Gemeindestatut unbedingtes Erforderniß; es kann die Prämie sogar vom Gehalt abgezogen werden. (Red.)

geschwächter Aufmerksamkeit lauschten, fand am Schlusse lebhaften Beifall.

Brünn, 27. Februar. (Dr.-Corr.) Das in der vorigen Nummer Ihres geschätzten Blattes erwähnte Project hat nun in so weit eine concrete Gestalt angenommen, als aus den hier weilenden Mitgliedern des Curatoriums des mährisch-jüdischen Landes-Massa-Fonds ein Comité sich gebildet hat um die Frage der Errichtung eines Proseminars zu studieren, ehe man mit dem Project vor die General-Versammlung der Vertrauensmänner der mährischen Gemeinden treten kann. Als Exporter sind von dem Comité herangezogen worden: Rabbiner Dr. Placzek, Gemeinde-Secretär Dr. Oppenheim und Dr. Deutsch, Religionslehrer an den hiesigen Gymnasien. (Das Elaborat über Zweck und Ziel der zu gründenden Anstalt werden wir nächstens veröffentlichen.)

Zur Orientierung Ihrer Leser diene die Bemerkung, daß der mährisch-jüdische Landes-Massa-Fonds aus den Strafgebern der Juden besteht, welche durch die speziellen Judensteuern im vorigen Jahrhundert und noch in der ersten Hälfte des jetzigen, zur Höhe von mehr als einer Million angewachsen ist und später die Widmung erhielt, jüdischen Cultus-Zwecken zu dienen. Er wird von einem Curatorium verwaltet, das aus den hierzu delegierten Vertretern der mährischen Gemeinden gewählt wird.

Frankreich.

Paris. „Arch. isr.“ macht gelegentlich einige Bemerkungen über die Betheiligung von Juden an der Pariser Presse und der Haltung dieser den Juden gegenüber. Unter 30 Gründern des republicanisch-conservativen „XIX. Siècle“ waren 6 jüdische Capitalisten, wie denn dieser politischen Richtung sehr viele Juden zugethan sind. Die anständige Pariser Presse behandelt im Allgemeinen die Juden in achtungsvoller Weise, wenn sie auch nicht eben immer von Zuneigung erfüllt ist. Vier bedeutende Blätter dürfen als jüdenfreundliche bezeichnet werden, was bewirkt wird durch die (jüdischen) Leser, oder durch die große Zahl jüdischer Abonnenten, oder dadurch, daß Juden zu den Eigenthümern gehören und zwar: Das Journal des Débats, Temps, XIX. Siècle und Gaulois. Andere, welche zahlreiche und hervorragende jüdische Mitarbeiter haben, wie der Figaro, zeigen nur hie und da etwas und nicht immer ungemischtes Wohlwollen. (Dafür ist Albert Wolf auch aus Deutschland — und ein deutscher Jude ist gar leicht geneigt, wenn er es zu etwas gebracht hat, zu vergessen und Andere vergessen zu machen, daß er Jude ist!). Andere, wie die „Patrie“, sind zur Zeit in lobenswerthem Kampfe gegen den Mißbrauch der Worte: „Jude und jüdisch“, selbst seitens liberaler Blätter, und daß Angeklagte und Verbrecher mit Vorliebe als Juden bezeichnet werden, während es unerwähnt bleibt, daß verdiente Menschen Juden sind und bei nichtjüdischen Bösewichtern die Rubrik Religion leer bleibt.

England.

London. In den „Musées“ (Leisure Hour), einer Londoner Monatschrift, ist im Februar-Heft ein Artikel von Dr. Kirkpatrick-Picard, einem Nichtjuden, über die Gesundheitszustände und die Langlebigkeit der Juden enthalte. Der Dienst, den der Verfasser der Hygiene damit erweist, daß er den Christen die Vortheile der jüdischen Diät, der jüdischen Sitten und Gewohnheiten für die sanitären Verhältnisse darlegt, ist nicht zu unterschätzen, und obwohl schon viel darüber geschrieben worden ist, so kann doch nicht oft und nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden. Es ist Thatsache, daß der Jude weniger widrigen Einflüssen unterliegt, denen er in gleicher Weise wie sein christlicher Nachbar ausgesetzt ist. Wenn der Ort, an dem er wohnt, ungesund oder das Klima unzutraglich ist, leidet er dennoch in geringerem Grade als der Christ. Seine körperliche Beschaffenheit setzt ihn in den Stand, leichter krank-

haften Einwirkungen zu widerstehen, denen Andere zum Opfer fallen. Diese Vortheile verdankt er hauptsächlich der Art seiner Nahrung, seiner Mäßigkeit und der Pflege und Sorgfalt, die ihm in Fällen der Krankheit und der Noth zu Theil werden. Er ist in der besonders glücklichen Lage, eine Constitution geerbt zu haben, die durch die Achtsamkeit und Vorsicht in allen hygienischen Details während vieler Jahrhunderte gleichsam auf solidester Grundlage aufgebaut worden ist, das Fleisch, daß er genießt, ist vom Blute und damit von krankhaften Keimen befreit, die durch dasselbe in seinen Organismus eingeführt werden könnten. Auch sonst ist auf das peinlichste vorgeesehen, daß der Genuß alles Ungesunden verhindert wird, daher er von scrophulösen und tuberculösen Leiden verhältnismäßig weniger heimgesucht ist. Die hygienischen Grundsätze, welche die Bibel aufgestellt hat, haben also auch jetzt noch an Bedeutung nichts verloren.

Dr. Sch.

Rußland.

Petersburg. Der russische Philosoph Wladimir Solowiew hat eine Reihe von Artikeln in einem kirchlichen Blatt über die Judenfrage veröffentlicht. Der Verfasser erhofft, daß einst griechischer und römischer Katholizismus verschmolzen und dann auch die Juden „werden gerettet werden“. Dieser kirchlich fromme Schriftsteller erklärt: „Die Juden haben stets nach ihrem Geetze gehandelt, sie verfahren gegen uns „jüdisch“. Wir aber haben bisher es noch nicht gelernt, mit den Juden „christlich“ umzugehen. Im Gegentheil wir haben unbeachtet gelassen die Vorschriften des christlichen Gesetzes, sobald wir es mit Juden zu thun hatten. Wenn wir erklären, daß das Gesetz der Juden nicht gut ist, so folgt daraus, daß die Bethätigung dieses Gesetzes uns unlieb ist, jedoch viel schlimmer ist es doch, ein gutes Gesetz zu haben und es nicht zu üben. Wir fragen nicht, ob das Evangelium gut ist, oder schlecht. Aber sollen wir fragen, ob es für die Wirklichkeit paßt oder nicht? Ist es für die Praxis unbrauchbar, wozu ist es gegeben? Dann hätten ja die Juden recht, die darin Menschenwerk sehen. Ist es aber zu bethätigen, warum verwickeln wir es nicht den Juden gegenüber? Alles was den Juden zum Vorwurf gemacht wird, zeigt er als moderne Schattenseiten des civilisirten Lebens. Zeigt ihnen das Christenthum in seiner Wirksamkeit — und als praktische Menschen werden sie nicht zögern, zu Euch zu kommen.“ (?) So lange Ihr aber nur in der Theorie Christen seid, werdet Ihr nichts ausgerichten. Die Judenfrage ist in Wahrheit die Christenfrage!“

Warschau. Bei der furchtbaren Geschäftslosigkeit steigt das Elend in jüdischen Kreisen immer mehr; deshalb begrüßen wir die Errichtung einer Suppenanstalt (welche Mittagbrod verschenkt) durch jüdische Damen als ein höchst zeitgemäßes Unternehmen, dem wir viele Geldmittel wünschen. — Trotzdem Einzelne darunter leiden, freuen sich sehr Viele dessen, daß die Regierung energisch gegen die Pfandleiher vorgeht. — Der Oberpolizeimeister läßt die rituellen Badehäuser auf ihre Reinlichkeit und sanitären Verhältnisse untersuchen. — Der Stadtmagistrat hat die jüdischen Gemeinden ersucht, nach dem rituellen Durchschneiden der Luft- und Speiseröhre dem geschlachteten Thiere mit einem Genickstoße sofort den Gnadenstoß zu geben. Das Rabbinat hat dies natürlich als unmöglich zurückgewiesen. Woher der Magistrat zu der Behauptung kommt, daß man in Petersburg so verfähre, ist unerklärlich! — Der Bericht des jüdischen Krankenhauses für 1884 ergibt: Aus 1883 übernommen an Kranken 159 Männer, 127 Frauen. Im Laufe des Jahres traten hinzu: 2248 Männer, 1950 Frauen, insgesamt 2407 Männer, 2077 Frauen = 4484 Kranke. Es geneseten 3763, starben 419, blieben zurück 302. 325 christliche Kranke wurden verpflegt. 16,556 Menschen (ohne Unterschied der Confession) wurden im Ambulatorium von den Ärzten (durchschnittlich Jeder mehr als zweimal) untersucht und 15,141 erhielten Arznei auf Kosten des Hospitales.

Vermischte und neueste Nachrichten.

Magdeburg. Hier hat sich eine Anzahl Männer zur Stiftung einer Loge des unabhängigen Ordens B'nai Brith vereinigt; dieselbe soll den Namen Mendelssohns, des berühmten, in unserer Nachbarschaft Dessau geborenen jüd. Philosophen und Regenerators des Judenthums, tragen. Die Loge hat die geistige und sittliche Berechtigung unseres Stammes zum erhabenen Ziele.

— Laut Verfügung des Cultusministers soll in den Jahresberichten der Gymnasien und Realschulen, an welchen der jüdische Religionsunterricht, sei es auch nur facultativ, eingeführt ist, alljährlich auch das mit den jüdischen Schülern durchgenommene Pensum gedruckt erscheinen. Hier wird in dem diesjährigen Oster-Programm des städtischen Gymnasiums und Realgymnasiums damit begonnen werden.

Berlin. Dem hiesigen Reichenheim'schen Waisenhaus hat der Bruder des verstorbenen Rechtsanwalts und Reichstags-Abgeordneten Dr. Eduard Lasfer von Amerika aus 625 Mark zugehen lassen, die als eine „Eduard Lasfer-Stiftung“ in gedachter Anstalt gelten sollen. Die Zinsen sollen alljährlich, am 5. Januar, dem fleißigsten Jüngling als Prämie ausgeantwortet werden. — Der jüdischen Alter-Versorgungs-Anstalt zu Berlin wurden von dem Geh. Sanitätsrath Oesterreich 21,000 Mark beifuss Errichtung einer „Oesterreich-Stiftung“ zu unentgeltlichen Aufnahme zweier Hospitaliten, sofort zahlbar überwiesen; ebenso wurde von Herrn Jacob Israel für dieselbe Anstalt eine „Jacob Minna Israel-Stiftung“ in Höhe von 24,000 Mark zur unentgeltlichen Aufnahme zweier Hospitaliten gegründet. (B. V.-C.)

Hannover. In der Bildungsanstalt für jüdische Lehrer fand die Preisvertheilung des „Samuel Ephraim Meyerschen“ Preises statt. Als Aufgabe war in diesem Jahre ein biblisches Thema aufgestellt. Vier Arbeiten waren eingegangen, von denen die der Seminaristen Raz und Blumenthal preisgekrönt wurden. In warm empfundenen Worten gedachte der Direktor, Herr Dr. Prager, des seligen Landrabbiners Dr. Meyer, dessen Geburtstag an diesem Tage war und dem zu Ehren noch bei seinen Lebzeiten die Stiftung durch Gaben von früheren Schülern gemacht war.

AL. Dresden, Anfang März. Mit einer in allen Theilen wohl gelungenen, überaus zahlreich besuchten Feier beging der hiesige „Brüder-Verein“ in den Sälen des Kaiserhofs sein viertes Stiftungsfest. Die Ehrenmitglieder Herren Oberrabbiner Dr. Landau und Rechtsanwalt Lehmann, nebst Angehörigen, sowie sonstige wissenschaftliche Kräfte und Vertreter der Presse wohnten demselben bei. Ein reiches abwechslungsreiches Programm von musikalischen, gesanglichen und theatralischen Darbietungen unter Mitwirkung künstlerischer Kräfte fand lebhaften Beifall. Eine dem Verein gewidmete, von einem begabten Mitgliede (Herrn Kaufmann Werner) componirte Hymne, ein schwungvoller Prolog*) des Herrn Red. Alpl Levy v. Freiberg, gesprochen vom 1. Vorsitzenden Herrn Bergmann, eröffneten die Feier. Auch Herr Oberantor Wolfsohn und Herr Violon. Wallerstein wirkten erfolgreich mit. Die Tafel belebten Trinksprüche auf das Königspaar (vom 1. Vorsitzenden), Begrüßung der Gäste (vom 2. Vorsitzenden Herrn Ad. Josty), auf die Ehrenmitglieder und Vortragenden (vom 1. Schriftführer Landau) auf die Presse (vom 2. Schriftführer Herrn Meyer). Herr Schuldirektor Bruno Müller (Nichtisrael.) feierte begeistert den Bräutigam, die Damen (Herr Redakteur Lion) u. s. w., den Vorstand (Herr Schriftsteller Jastrow). Eine junge israelitische Dame (vom Residenztheater), Fräulein Monatti, sowie eine Sängerin Fr. Weil vom selben Theater, erfreuten durch Deklamation und Lieder; ein munteres Tafelstück von einem Mitgliede (Hrn. Fabrik. Neumann) animirte ebenso wie der darauf folgende Ball, der die Teilnehmer bis gegen Morgen zusammenhielt.

*) Im heutigen „Familienblatt“ abgedruckt. (Red.)

Leipzig, 26. Februar. Geehrter Herr Doktor! Ich erlaube Sie um Berichtigung folgender in Nr. 7 dieses Jahres der „Israelitischen Wochenschrift“ enthaltenen Angaben.

1. Rabinowitsch in Kischineu ist daselbst nicht von dem jüdischen Böbel „verhauen“ worden. Ein solcher Böbel, der sich thatsächlich an der Person dieses Mannes vergriffen hätte, existirt wenigstens zur Zeit in Kischineu nicht.*)

2. Daß es Missionsblätter gewesen seien, welche die Ermordung des Rabinowitsch durch „orthodoxe Juden“ der Welt verkündet hätten, ist absolut unwahr.***) Die Quelle dieser Nachricht war die „Wiener Allgemeine Zeitung“, die sich auf ein aus Odessa empfangenes Telegramm berief. Die Nachricht war aus der Luft gegriffen und ihre Entstehungsweise ist räthselhaft. Professor Franz Delitzsch.

Pinslaken. Das Waisenhaus-Comité verfenet an die Zeichner zum Waisenhaus eine Einladung zu der am 8. März d. J. daselbst stattfindenden Generalversammlung. Die Tagesordnung umfaßt: 1. Berichterstattung; 2. Wahl des Curatoriums; 3. Berathung der Grundzüge der Statuten. Wie verlautet, soll die Eröffnung Anfangs Mai d. J. geschehen. Wenn nun auch ein glücklicher Erfolg die bisherigen Bemühungen um das Zustandekommen dieser gegenwärtigen Anstalt gekrönt hat, so wäre doch zu wünschen, daß die Zahl der Gönner sich noch recht reichlich vermehren möge. — Spenden und Zeichnungen sind an den hies. Gemeinde Vorstand zu richten.

Vollstein. Die beabsichtigte Errichtung eines jüdischen Schullehrerseminars in Posen findet auch bei zahlreichen Mitgliedern der hiesigen Synagogengemeinde Beifall. Es sind sowohl einmalige, als auch jährliche ganz anständige Beiträge gezeichnet worden. So hat Herr Rittergutsbesitzer J. H. Wäffer sich zu einem einmaligen Beitrag von 50 M. und zu einem jährlichen Beitrag von 10 M. verpflichtet.

Pest, 27. Februar. Der Paragraph der Vorlage über Reform des Oberhauses, betr. die Vertretung der jüdischen Konfession im Oberhause durch einen Rabbiner oder eine andere hervorragende jüd. Persönlichkeit wurde nach dreitägiger Debatte unter Ablehnung aller Amendements mit einer Majorität von 195 Stimmen angenommen.

Pest, 2. März. In der Prozeßsache gegen Julius Verhovay und Genossen wegen Veruntreuung sind durch das heute veröffentlichte Urtheil der Angeklagte, Abgeordnete und Hauptführer der ungarischen Antisemiten, zu einer Kerkerstrafe von 1½ Jahren und 5 jährigem Amtsverluste, und sein Bruder Ludwig Verhovay zu 10 monatlicher Kerkerstrafe und 3 jährigem Amtsverluste, beide außerdem zum Ersatze der veruntreuten Summe verurtheilt worden.

Marmaros (Ungarn). Am 23. October 1881 wurde der Friedensrichter Johann Hosda im Dorfe Borja ermordet und nicht beraubt gefunden. Das Gericht bezeichnete Juden als Thäter, das Volk verlangte, daß man die Mörder finde und 3 Rumänen beschworen, daß sie gesehen, wie Samuel Laks und Nafali Mendelowitsch den Hosda getödtet haben. In der ersten Instanz freigesprochen, wurden die Angeeschuldigten in der 2. zu 12 Jahren schweren Kerker verurtheilt. M. floh, L. aber ward eingesperrt. Jetzt haben die Zeugen selbst eingestanden daß sie gelogen, sie haben von der angegebenen Stelle den Vorgang gar nicht sehen können. Wiederaufnahme des Verfahrens ist angeordnet.

Paris. Aus Berlin ausgewiesene russische Juden kommen in solcher Menge hier an, daß das Wohlfühltheits-Comité (dessen Budget 330,000 Fr. beträgt) zusammen mit der Alliance 20,000 Fr. für die Heimischaffung derselben bereit gestellt hat.

Paris. Daß Baron Hirsch das Defizit der Alliance für 1884 mit 25,000 Francs gedeckt hat, ist durch den Bericht bestätigt worden.

*) Woher weiß das der Herr Professor? Wir haben unsere gegentheilige Mittheilung einer Kischineuer Corresp. in einem hebr. Bl. entnommen.

**) Auch das kann der Herr Prof. D. nicht wissen, da er unmöglich die Garantie für alle Missionsblätter übernehmen kann. (Red.)

